

Pressemitteilung

7. Dezember 2016

Bildungskrise! Bildungskrise?

Heidelberger Forschergruppe nimmt Stellung zu Bildungsstudie.

Im Oktober 2016 hat das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) seinen aktuellen Bildungstrend veröffentlicht; am 6. Dezember folgte die PISA-Studie 2015 der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Befunde sorgen zurzeit landesweit für zum Teil kontroverse Diskussionen – auch über die Professionalisierung von Lehrerinnen und Lehrern. Deren Qualifizierung gehört zu den primären Aufgaben der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. Eine weitere Stärke der Hochschule liegt in der engen Verknüpfung von Lehre und Forschung, die sich im Spektrum zwischen grundlegender Bildungsforschung und der Entwicklung von Bildungsinnovationen verorten lässt. Eine interdisziplinäre Forschergruppe der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, der sowohl Fachdidaktiker als auch Bildungswissenschaftler angehören, hat sich mit Bildungsstudien allgemein sowie mit dem IQB-Bildungstrend im Speziellen auseinandergesetzt und nimmt hierzu Stellung.

„Der mediale Hype erschwert nicht selten eine differenzierte und wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit den Ergebnissen von Bildungsstudien im Allgemeinen und dem IQB-Bildungstrend im Speziellen“, konstatiert eine interdisziplinäre Forschergruppe der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. „Eine gründliche Diskussion über die Ursachen des Abschneidens von Baden-Württemberg ist jedoch substanziell. Die Daten müssen dabei interpretiert, gewichtet sowie theoretisch und praktisch kontextualisiert werden.“ Hierfür brauche man Sorgfalt und Zeit, die Bildungspolitikern und Wissenschaftlern jedoch von Meinungsmachern, „die auf schnell konsumierbare Informationen und den Neuigkeits- oder Skandalisierungswert von Nachrichten fixiert sind, oft nicht gelassen wird“.

Dies hat für die Forschergruppe bestehend aus Fachdidaktikern und Bildungswissenschaftlern mehrere negative Konsequenzen: So würden Bildungspolitiker durch die öffentliche Diskussion unter Handlungsdruck gesetzt, was „unreflektierten bildungspolitischen und praktischen Aktivismus“ ohne begründete Kenntnis darüber, was und warum etwas geändert werden müsste, begünstige. „Kurzfristig angelegte Bildungsreformen ohne solides Fundament gab es in den letzten zehn Jahren aber genug“, so die Heidelberger Forscherinnen und Forscher. Darüber hinaus würde die Diskussion über vorschnell identifizierte vermeintliche Ursachen des „skandalisierten Phänomens“ und deren wissenschaftliche Widerlegung personelle und zeitliche Ressourcen binden, „die für die notwendige gründliche Forschung effizienter einzusetzen wären“.

Bezüglich des von dem Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) im Oktober 2016 veröffentlichten Bildungstrends kommen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zunächst zu dem Ergebnis, dass „eine Diskussion von Ursachen, wie sie

bisher öffentlich stattfand, auf der Grundlage der Daten nicht möglich ist, da aus dem Design der Studie heraus keine Gründe benannt werden können.“ Viele der dennoch in der Öffentlichkeit angebrachten Argumente bezüglich der ungünstigen Ergebnisse für das Bundesland Baden-Württemberg erscheinen, so die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weiter, „recht beliebige Einschätzungen von Forschungsergebnissen zu sein, die für sich genommen zwar durchaus Erklärungspotenzial haben könnten, aber aus den Studien heraus nicht wissenschaftlich schlüssig abgeleitet werden können“. Die bislang in den Medien angebrachten Argumente stellten daher keinen Beitrag zu einer evidenzbasierten Betrachtung des Bildungssystems dar. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die zuweilen ausgerufene Bildungskrise durch die Studie nicht zu begründen sei.

Abschließend kommen die Forscherinnen und Forscher zu der Erkenntnis, dass „eine reflexhafte Behandlung empirischer ‚Evidenz‘ zu einer für das Bildungssystem und damit letztlich auch für die Gesellschaft gefährlichen Verarmung des öffentlichen Diskurses zu führen droht.“ Als Experten in Bildungsfragen werde man sich weiter kritisch in diesen Diskurs einbringen, um dem entgegenzuwirken.

Die interdisziplinäre Forschergruppe

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Pädagogischen Hochschule Heidelberg beschäftigen sich insbesondere mit aktuellen Fragen zu Bildung, zu Lern- und Lehrprozessen und zur Professionalisierung von Lehrpersonen. Dabei ergänzen sich sowohl die unterschiedlichen Perspektiven der Bildungswissenschaften, der Fachdidaktiken und der Sonderpädagogik als auch verschiedene forschungsmethodische Zugänge.

Die Heidelberger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind der Überzeugung, dass sie nur gemeinsam ihrer wichtigen gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen können – nämlich sowohl Fachleute für Bildungsprozesse wissenschaftlich zu qualifizieren als auch unmittelbare Beiträge zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme zu leisten.

Sie bringen sich für ihr jeweiliges Arbeitsgebiet aktiv in fachliche und öffentliche Diskurse wie über den Bildungstrend des Institutes zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IBQ) ein. In einem interdisziplinären Fachgespräch, an dem Vertreter der Fächer Deutsch, Englisch und den Bildungswissenschaften teilgenommen haben, wurde daher die Studie und die in der öffentlichen Diskussion angeführten Argumente zunächst intern (kritisch) diskutiert. Ihrer gesellschaftlichen Verantwortung kommen die Forscherinnen und Forscher nach, indem sie nun öffentlich Stellung nehmen.

An der Pädagogischen Hochschule Heidelberg werden rund 4.700 Studierende von etwa 300 hauptamtlichen ProfessorInnen bzw. Lehrenden und zahlreichen zusätzlichen Lehrbeauftragten betreut. Die Kernaufgaben der Hochschule sind die Bildung pädagogischer Fach- und Führungskräfte, die bildungswissenschaftliche, fachdidaktische und sonderpädagogische Forschung und Weiterbildung sowie die Qualifizierung von DoktorandInnen und PostdoktorandInnen.

Kontakt für die Medien:

Verena Loos
Presse & Kommunikation
Pädagogische Hochschule Heidelberg
+49 6221 477-671
presse@vw.ph-heidelberg.de

Heidelberger Forschergruppe zum IQB-Bildungstrend

Information zum Pressegespräch am 7. Dezember 2016

an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg

Am 28. Oktober 2016 wurde der IQB-Bildungstrend veröffentlicht, der zum zweiten Mal sprachliche Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern am Ende der 9. Klassenstufe über alle Bundesländer hinweg ausweist. Getestet wurden darin die Fächer Deutsch (Teilkompetenzen Lesen, Zuhören, Orthografie) sowie Englisch und Französisch (jeweils Lese- und Hörverstehen). In der Studie werden die Leistungen der Schülerinnen und Schüler sowohl in kriterialer Perspektive (in Bezug auf das Erreichen von Bildungsstandards) als auch in sozialer Perspektive (in Bezug auf einen Vergleich der Bundesländer) und in zeitlicher Perspektive (in Bezug auf einen Vergleich mit der Studie von 2010) ausgewiesen.

Für das Bundesland Baden-Württemberg ergaben sich vor allem im Fach Deutsch ungünstige Ergebnisse, weil deutlich wurde, dass in den Teilkompetenzen Lesen und Zuhören der Anteil der Jugendlichen, die den Regelstandard erreichen oder übertreffen, zwischen den Jahren 2009 und 2015 signifikant zurückgegangen und umgekehrt auch der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die den Mindeststandard verfehlen, signifikant gestiegen ist.

Unmittelbar nach Veröffentlichung der Studie wurden diese Befunde in regionalen und überregionalen Zeitungen (z.B. Die Zeit, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Spiegel, Stuttgarter Zeitung u.v.a.m.) aufgegriffen und mögliche Gründe für das enttäuschende Abschneiden in diesem Bundesland diskutiert. Journalisten und Bildungsforschern führten zahlreiche potenzielle Ursachen an, die zumeist die Systemebene und Fragen der Schulstruktur und Bildungsorganisation, sowie Fragen der Professionalisierung von Lehrpersonen, fokussierten.

In einem interdisziplinären Fachgespräch an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg am 15. November 2016, an dem Vertreter der Fächer Deutsch, Englisch und der Bildungswissenschaften teilnahmen, wurden deshalb die IQB-Studie und die in der öffentlichen Diskussion vorgebrachten Argumente (kritisch) diskutiert. Die Arbeitsgruppe äußert sich nachfolgend zur Frage der Verallgemeinerung der Befunde, zum Problem des öffentlichen Umgangs mit Forschungsergebnissen und auch zu einigen Argumenten der Diskussion.

I. Zur Frage der Verallgemeinerung der Befunde

Aus Sicht der interdisziplinären Arbeitsgruppe ist eine klare Benennung von Ursachen oder gar von Schuldzuschreibungen, wie sie bisher öffentlich stattfand, auf der Grundlage der Daten nicht möglich, da aus dem Design der Studie heraus keine Ursachen für den Rückgang der Leistungen der baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler angegeben werden können. Auch lassen die getesteten Kompetenzfacetten keinen Schluss auf die Beurteilung der Leistungen in einem Fach als Ganzem zu, da beispielsweise die in standardisierten Tests gemessenen Kompetenzen in sprachlichen Fächern deren konstitutive kommunikative Aspekte (oder auch in Fremdsprachen die bedeutsamen interkulturellen Aspekte) nicht abzubilden vermögen.

Deshalb erscheinen für die Arbeitsgruppe der Pädagogischen Hochschule Heidelberg viele Argumente, die in den ersten Pressemeldungen und -kommentaren benannt wurden, recht beliebige Einschätzungen von Forschungsergebnissen zu sein, die für sich genommen, zwar durchaus Erklärungspotenzial haben mögen, aber aus den Studien heraus nicht wissenschaftlich schlüssig abgeleitet werden können und damit keinen Beitrag zu einer Evidenzbasierung des Bildungssystems leisten. Aus diesem Grund vermag die Studie die Rede von einer „Bildungskrise“, wie sie zuweilen implizit ausgerufen wurde, nicht zu begründen.

Für das Fach Englisch lassen sich folgende Aspekte beobachten: Der Bildungsplan umfasst eine Reihe von komplexen Kompetenzen oder Kompetenzclustern, wie z.B. die interkulturelle kommunikative Kompetenz, die letztendlich auch die Zielkompetenz darstellt, nämlich die Fähigkeit, mit Sprecher/innen der Zielsprache pragmatisch angemessen zu kommunizieren. Diese Fähigkeit umfasst eine Reihe von Teilfertigkeiten, die aber integrativ gesehen werden müssen, da z.B. die mündliche Kommunikation sowohl das Zuhören wie auch das Sprechen umfasst. Die Fertigkeiten werden über Lernaufgaben im Fremdsprachenunterricht auch integriert vermittelt. Die Studie fokussiert in ihren Testaufgaben aber lediglich einzelne Fertigkeiten wie das Hör- oder Leseverstehen. Das heißt, die Testaufgaben spiegeln nur zu einem geringen Teil und in isolierter Form rein linguistische Kompetenzen wider, die die Schülerinnen und Schüler entwickelt haben, womit sich die Frage stellt, wie aussagekräftig diese Ergebnisse tatsächlich sind, was eine komplexe fremdsprachliche Kompetenz angeht. Mit der Beschränkung auf das Lese- und Hörverstehen sind auch nur ausgewählte linguistische Kompetenzen vertreten. Diese lassen sich zwar aus praktischen Gründen mit Tests gut abbilden, stellen aber eben auch nur einen Ausschnitt dar. Dieser Sachverhalt wird in der IQB-Bildungsstudie so ebenfalls expliziert.

II. Zum Problem des öffentlichen Umgangs mit empirischen Forschungsergebnissen

Die tendenziell beliebige Attribuierung von Erklärungen für empirische Befunde scheint sich mit der PISA-Studie, ihrer regelmäßigen Wiederholung sowie den nationalen Erhebungen des IQB fast reflexhaft verselbständigt zu haben. Solche Daten müssen aber, egal in welcher Art von Forschung, interpretiert, gewichtet sowie theoretisch und praktisch kontextualisiert werden. Die Beliebigkeit der Diskussionen hat mehrere negative Konsequenzen:

- Praktiker und Bildungspolitiker werden, noch bevor die Daten eingehender analysiert wurden, unter Legitimations- und Handlungsdruck gesetzt.
- Dies begünstigt unreflektierten bildungspolitischen und praktischen Aktivismus ohne begründete Kenntnis darüber, was und warum es ggf. verändert werden müsste. Überstürzte Reformen ohne solides Fundament haben wir aber während der letzten zehn Jahre im Rahmen leer laufender nationaler und globaler Mobilisierungsstrategien genug gehabt.
- Die o.g. „Schnellschüsse“ verhindern eine sachliche öffentliche Debatte über Probleme des Bildungssystems (sei es auf Bundes- oder Landesebene) und fördern Klischeebildungen und Vereinfachungen.
- Wissenschaft und Forschung werden durch medial „gehypte“ Daten unter Zugzwang gesetzt, sich auf Forschung nach den Ursachen des skandalisierten Phänomens zu begeben bzw. unsinnige Erklärungen dieses Phänomens mit wissenschaftlichen Mitteln zu widerlegen, was personelle und zeitliche Ressourcen bindet, die für notwendige Forschung effizienter einzusetzen wären.

Die Arbeitsgruppe hält eine gründlichere Diskussion um Gründe des Abschneidens Baden-Württembergs aber dennoch für wichtig, da die Testungen auf einen Trend verweisen, der sich beispielsweise auch bei den Ergebnissen der VERA-Arbeiten abzeichnet. Die Warnung vor voreiligen Schlüssen und Ursachenzuschreibungen im Zusammenhang mit der IQB-Studie soll aus Sicht der Arbeitsgruppe nicht als Abwehrreflex aufgefasst werden, um sich einer Diskussion zu verweigern, sondern als Aufruf, sich sorgfältig mit den Befunden und ihrer angemessenen Deutung zu befassen. Aus diesem Grund lädt die Arbeitsgruppe alle interessierten Personen zur Teilnahme ein und nimmt nachfolgend auch selbst zu möglichen Gründen für das enttäuschende Abschneiden der baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler Stellung.

III. Zur Frage von Gründen aus wissenschaftlicher Sicht:

Nachfolgend werden Argumente der öffentlichen Diskussion zum IQB-Bildungstrend auf verschiedene Ebenen bezogen und von der Arbeitsgruppe knapp kommentiert:

Argumente auf Ebenen, die dem Bildungssystem vorgelagert sind:

Das Argument der veränderten sozialen Zusammensetzung der Stichprobe

Hier wurden in der bisherigen Diskussion kaum Argumente benannt. Erwähnt wurde, dass der Leistungsabfall im Fach Deutsch vor allem auf Jugendliche ohne Zuwanderungshintergrund, die aus sozial schwächeren Elternhäusern kommen, zurück zu führen sei.

Die Arbeitsgruppe ist hier der Auffassung, dass die soziale Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler (Kompositionseffekt) in einem signifikanten Zusammenhang zu den erzielten Leistungen steht und Kompositionseffekte einen Großteil der erzielten Leistungen zu erklären vermögen. Für das Bundesland Baden-Württemberg wird in der Studie eine minimale, aber statistisch unerhebliche Verschlechterung im mittleren sozioökonomischen Status berichtet. Diese ist deshalb nicht unbedeutend, da für alle anderen Bundesländer Erhöhungen ausgewiesen wurden, die häufig das Signifikanzniveau überschreiten. Die Daten aus VERA 8 können hier ergänzend für Baden-Württemberg aufzeigen, dass die Hälfte der Schülerinnen und Schüler des Bildungsgangs Werkrealschule mit nicht-deutscher Alltagssprache Schwierigkeiten haben, die Mindeststandards zu erreichen.

Diese Feststellung darf nicht mit der Aussage verwechselt werden, dass die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft allein die Schulleistungen beeinflusst. Ein solcher Einfluss ist in großen Schulleistungsstudien immer schon beschrieben worden, er ist nichts Neues. Zugleich ist es aber auch oft hervorgehoben worden, dass damit nicht alles erklärt ist, da es Schulen gibt, die auch in einem schwierigen sozialen Umfeld gute Leistungen erreichen.

Argumente auf der Schulsystemebene (Makroebene):

Strukturargumente: Realschule, Gemeinschaftsschule und Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung

Hier wurden in den Medien (Die Zeit, FAZ, Stuttgarter Zeitung, Spiegel) vor allem folgende Argumente bemüht: Die Realschulen wurden vernachlässigt, die Gemeinschaftsschule wurde als „eierlegende Wollmilchsau“ eingeführt, die verbindliche Grundschulempfehlung wurde abgeschafft, andere Länder könnten auf besser aufgestellte Landesinstitute zurückgreifen. Diese Argumente sieht die Arbeitsgruppe nicht als stichhaltig an, da einerseits keine Schülerinnen und Schüler aus den (erst nach oben wachsenden) Gemeinschaftsschulen getestet wurden und andererseits die Probanden der Studie sämtlich der damals noch verbindlichen Grundschulempfehlung unterlagen. Auch ist nach dem derzeitigen Stand kein Zusammenhang zwischen einer postulierten Vernachlässigung der Realschulen und den Ergebnissen zu erkennen, da nicht ersichtlich ist, dass die Ressourcen der Realschulen in der Studie von 2009 größer gewesen wären.

Das „Unruhe-Argument“

Möglicherweise bedingen aber die benannten Sachverhalte eine in das System hineinwirkende Unruhe, die auch vielfach benannt wurde. Hier liegen tatsächlich empirische Befunde vor, dass das

Bundesland Sachsen bundesweit die wenigsten Schulreformen seit Gründung des Landes aufweist. Es ist möglich (aber aus der Studie nicht abzuleiten), dass der Erfolg von Sachsen im IQB-Bildungstrend dadurch mitbedingt ist.

Das Argument der fehlenden Qualitätssicherung

In der Diskussion wurde auch auf ein fehlendes System der Qualitätssicherung und mangelhafte Leistungssicherung verwiesen. Hier bleibt für die Arbeitsgruppe fraglich, ob das im Rahmen der output-orientierten Steuerung von 2004 eingeführte Qualitätssystem in Baden-Württemberg, das auf allen Ebenen des Systems Rückmeldungen vorsieht (z.B. Bildungsberichterstattung, Schulinspektion, Vergleichsarbeiten) und darüber eine Steuerung des Bildungswesens versucht, die Eigenlogik des Bildungsprozesses adäquat zu berücksichtigen vermag; auch inwiefern es eine eher kontraproduktive Außenwendung der Schule („window dressing“) unterstützt.

Argumente auf der Einzelschulebene (Mesoebene)

Das Schulgröße-Argument

Auch das Argument, dass Baden-Württemberg zu viele kleine Schulen aufweist, sieht die Arbeitsgruppe nicht als tragfähig an, denn dann müsste die Studie von 2010 ebenfalls zu schlechteren Ergebnissen für das Bundesland gekommen sein.

Das Argument mangelnder datengestützter Schulentwicklung

Ungeklärt ist die Frage, ob eine vermehrt datengestützte Schulentwicklung bessere Ergebnisse zu evozieren vermag, wie dies ebenfalls als Argument in die Diskussion eingebracht wurde: Beginnend mit der Veröffentlichung der MARKUS-Studie, bei deren Rückmeldung an die Lehrkräfte das Problem umfassend beschrieben wurde, werden immer wieder Probleme bei der Übersetzung von Daten in die Strukturen und Prozesse berichtet und vielfach wurde durch die Forschung aufgewiesen, dass kybernetische Regelkreisläufe im Rückmeldeprozess nicht zu greifen vermögen, weil die Rückmeldungen nicht „geradlinig“ in Umsetzungsmaßnahmen transferiert werden können.

Argumente auf der Unterrichtsebene (Mikroebene)

Das Argument eines in Baden-Württemberg in den Bildungsstandards von 2004 abweichenden Kompetenzbegriffes im Vergleich zu den Nationalen Bildungsstandards und die daran geknüpfte Frage der Materialien

Hinweise aus der Forschung liegen auch dazu vor, dass der Bildungsplan von 2004 für Baden-Württemberg, in dem erstmals Bildungsstandards formuliert wurden, mit seinem an die Berufspropädeutik angelehnten Kompetenzbegriff eine Schwierigkeit für Lehrkräfte darstellte, die insbesondere auf der Ebene der Materialien ersichtlich wurde.

In der Diskussion wurde auch das Argument benannt, dass in Baden-Württemberg der Bildungsplan und Unterrichtsmaterialien nur lose gekoppelt zu sein scheinen. Insbesondere der bis zum Schuljahr 2016/2017 gültige Bildungsplan von 2004/2005 wies hier in seiner Ausrichtung auf Kompetenzen eine Leerstelle bei den Inhalten aus, die den Lehrkräften hinsichtlich der Auswahl von Unterrichtsmaterialien größere Freiheiten als zuvor beließ. Freilich sind hier Unterschiede in systematischen Fächern, deren Inhalte vermehrt aufeinander aufbauen (z.B. Mathematik und

Fremdsprachen) und nicht systematischen Fächern zu vermuten, da sich der Unterricht in systematischen Fächern verstärkt an Lehrwerken orientieren dürfte. Im Bereich des Alignments zwischen curricularen Setzungen und Lehrwerken besteht derzeit eine Forschungslücke, die zu füllen ein Desiderat darstellt. Möglicherweise ist diese lose Kopplung, die genauer zu prüfen ist, als ein weiteres Motiv für einen Leistungsabfall zu sehen.

Das Argument der veränderten Unterrichtskultur

Hier wurde in der Diskussion angeführt, dass etablierte Formen des Lernens, wie beispielsweise Frontalunterricht, abgeschafft wurden. Dies ist aber in der Fläche nicht zu erkennen und es sind nur wenige Schulen in Erscheinung getreten, die vollkommen auf eine Individualisierung setzen. Auch in ihnen und allen Gemeinschaftsschulen sind demgegenüber Inputs und direkte Instruktion ein wesentliches und konstitutives Element des Unterrichts.

Argumente auf der Ebene der Lehrprofession

Das Lehrer-Unmuts-Argument

In Baden-Württemberg scheint der durchschnittliche Unmut der Lehrkräfte hinsichtlich der Bildungspolitik des Landes mehr ausgeprägt zu sein, als beispielsweise in Bayern oder den neuen Bundesländern, wie jüngst eine FORSA-Umfrage im Auftrag des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) aufwies.

Das Argument der zu wenig wissenschaftlich orientierten Lehrerbildung

Auch wurde die Lehrerbildung an den Pädagogischen Hochschulen Baden-Württembergs mit für das negative Abschneiden der Schülerinnen und Schüler im Südwesten verantwortlich gemacht. Diese sei in dem, was sie den Lehramtsstudierenden vermittele, bisweilen ideologielastig und zu wenig evidenzbasiert, so dass die späteren Lehrerinnen und Lehrer dann mit fragwürdigen didaktischen Konzepten in der Schule operierten.

Dieses Argument erscheint zur Deutung der aktuellen IQB-Ergebnisse mehr als fraglich. Denn erstens wurden nicht im Laufe der letzten fünf Jahre die bestehende Lehrerschaft Baden-Württembergs durch eine andere ausgetauscht, sondern die im Rahmen der IQB-Studie getesteten Schülerinnen und Schüler von Lehrpersonen aller Altersstufen unterrichtet. Zudem lässt sich mit einiger Sicherheit sagen, dass die Lehrpersonen, die in den letzten Jahren nach ihrem Lehramtsstudium an den Pädagogischen Hochschulen in den Schuldienst nachgerückt sind, wissenschaftlich anspruchsvoller ausgebildet wurden als diejenigen, die im gleichen Zeitraum in den Ruhestand gegangen sind.

Seit der ersten PISA-Studie hat die empirische Bildungsforschung in breiter Front an Bedeutung innerhalb der Erziehungswissenschaft und damit auch im Bereich der Lehramtsausbildung gewonnen. Ob die frischgebackenen Lehrkräfte, die die Hochschule verlassen, dadurch automatisch auch pädagogisch und didaktisch geschickter sind, ist freilich ebenso wenig empirisch erwiesen wie die implizite Unterstellung, dass die Erziehungswissenschaft an den Universitäten weniger ideologieanfällig sei als an den Pädagogischen Hochschulen.

Das Argument fachfremd unterrichtender Lehrkräfte

Die Arbeitsgruppe führt das Abschneiden des Faches Englisch in Baden-Württemberg u.a. auf fachfremd unterrichtende Lehrkräfte zurück. In Baden-Württemberg als einem der Bundesländer, in denen Englisch ab der Klasse 1 unterrichtet wird, fällt dieser Umstand besonders schwer ins Gewicht.

Bereits in der DESI-Studie, die Deutsch- und Englischleistungen von ca. 11.000 Schülerinnen und Schüler zu Beginn und zu Ende der 9. Jahrgangsstufe ermittelte und neben einer Lehrkräftebefragung gleichzeitig 110 Unterrichtsstunden in Englisch von Lehrkräften videografierte, wurde ein Zusammenhang zwischen dem Kontakt von Lehrkräften in das englischsprachige Ausland und der Bereitschaft bzw. der Fähigkeit, interkulturelle Inhalte in ihren Englischunterricht zu integrieren, festgestellt (DESI-Konsortium 2008). Fachfremd unterrichtende Lehrkräfte haben diese Kontakte in der Regel nicht, was sich in der Nichtbeachtung einiger Teilkomponenten von fremdsprachlicher Kompetenz niederschlägt.

Des Weiteren ist zu beobachten, dass die Kenntnisse der Abiturienten, die sich für ein Sprachstudium entscheiden, sich auch in den für Fremdsprachen einschlägigen Bereichen der Grammatik und Orthografie zunehmend verschlechtern. Mögliche Gründe hierfür liegen in einer Überbetonung der kommunikativen Komponente von Sprachunterricht (die die formalen Elemente fast komplett ausklammert) sowie in einem falschen Methodenverständnis, das der expliziten Behandlung formaler Elemente kaum noch Raum gewährt. Da die Vermittlung formbezogener Aspekte in der Regel kein Gegenstand universitärer Lehre ist, ergibt sich hier eine Negativspirale. Diese Entwicklung ist als nachteilig zu betrachten, denn es ist wissenschaftlich erwiesen, dass hierarchieniedere Fertigkeiten (wie beispielsweise das Dekodieren einzelner Buchstaben-Laut-Komplexe oder das Beherrschen orthographischer Regeln im Schriftspracherwerb) den Erwerb hierarchiehöherer Fertigkeiten (wie z.B. Planen, Formulieren, Überarbeiten beim Aufsatzschreiben) in ihrer Effizienz bedingen. Hier ist weitere Forschung erforderlich.

IV. Zusammenfassung der Arbeitsgruppe

Aus Sicht der Arbeitsgruppe besitzen zahlreiche aus der öffentlichen Diskussion resultierende Argumente kaum Erklärungspotenzial für das Abschneiden Baden-Württembergs im IQB-Bildungstrend. Vieles spricht dafür, dass die Ursachen multifaktoriell bedingt und auf verschiedenen Ebenen des Bildungssystems zu verorten sind. Ein möglicher Hinweis mit prädiktiver Kraft kann der in der Studie aufgewiesene Kompositionseffekt der Stichprobe sein. Dazu treten sowohl strukturelle (z.B. Einführung einer neuen Schulart) als auch die programmatisch-inhaltlichen Reformen (hier die Anforderungen des Bildungsplans 2004/2005), deren Auswirkungen in der öffentlichen Diskussion im Unruhe-Argument gefasst sind und auf verschiedene Ebene zielen: „Unruhe“ scheint hier sowohl auf der Systemebene als auch auf der Schul- und Unterrichtsebene anzutreffen zu sein und durch die output-orientierte Steuerung noch begünstigt zu werden.

Aus Sicht der Forschergruppe der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, in deren Blick insbesondere die nichtgymnasialen Schulformen stehen, scheint es deshalb wichtig, künftig dem Unterricht in seiner fachlich-inhaltlichen Ausgestaltung mehr Aufmerksamkeit zu widmen und Fragen der Unterrichtsqualität vermehrt forschend aufzugreifen.

Arbeitsgruppe:

Prof. Dr. Karl-Heinz Dammer
 Prof. Dr. Reinold Funke
 Prof. Dr. Rolf Göppel
 Prof. Dr. Andreas Müller-Hartmann
 Prof. Dr. Hans-Werner Huneke
 Prof. Dr. Anne Sliwka
 Prof. Dr. Karin Vogt
 Prof. Dr. Albrecht Wacker

Quellen:

Böhme, K. & Hoffmann, L. (2016). Mittelwerte und Streuungen der im Fach Deutsch erreichten Kompetenzen. In P. Stanat, K. Böhme, S. Schipolowski & N. Haag (Hgg.). *IQB-Bildungstrend 2015* (S. 335-358). Münster: Waxmann.
 DESI-Konsortium (Ed.) (2008). Unterricht und Kompetenzerwerb in Deutsch und Englisch. Ergebnisse der DESI-Studie. Weinheim: Beltz.
 Kuhl, P., Haag, N., Federlein, F., Weirich, S. & Schipolowski, S. (2016). Soziale Disparitäten. In P. Stanat, K. Böhme, S. Schipolowski & N. Haag (Hgg.). *IQB-Bildungstrend 2015* (S. 409-430). Münster: Waxmann.